

498050-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung – "Mobilität in Deutschland 2028"

OJ S 137/2026 20/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen

E-Mail: forschungsvergabe@bast.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: "Mobilität in Deutschland 2028"

Beschreibung: „Mobilität in Deutschland 2028“ Verkehrspolitik und Verkehrsplanung benötigen zuverlässige, aktuelle und räumlich differenzierte Informationen zur Wahl und Nutzung von Verkehrsmitteln, um zielgenaue Infrastrukturinvestitionen und politische Maßnahmen entwickeln zu können. Die amtliche Statistik erfasst die Mobilität privater Haushalte und den Wirtschaftsverkehr mit kleineren Lkw und Pkw nur rudimentär. Die Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen (BASt) als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für Verkehr (BMV) ist daher für ihre Aufgaben auf eigene Erhebungen angewiesen. Bisherige Erhebungen der Studie Mobilität in Deutschland (MiD) (2002, 2008, 2017, 2023) benötigen eine Aktualisierung, um neue Entwicklungen abzubilden. Die BASt beabsichtigt, eine bundesweite repräsentative Befragung von mindestens 35.000 Privathaushalten und 70.000 Personen im Kalenderjahr 2028 durchzuführen. Erfasst werden Mobilitätsverhalten, Verkehrsmittelnutzung, Wegestrecken und -zwecke. Die Erhebung baut auf bewährten Methoden der Vorgängerstudien auf, integriert jedoch innovative Ansätze wie Smartphone-Tracking und verbessert die Einbeziehung unterrepräsentierter Gruppen. Regionale Vertiefungsstichproben ermöglichen bis zu 175.000 Haushalte. Die MiD 2028 liefert aktuelle Mobilitätskennwerte für Bund und Länder sowie sozioökonomische und raumtypische Mobilitätsmuster. Sie unterstützt die Bedarfsplanüberprüfung der Verkehrsträger (Schiene, Straße, Wasserstraße), die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms und die Planung nachhaltiger Infrastruktur. Die Datenbasis ermöglicht evidenzbasierte verkehrspolitische Entscheidungen, fördert die wissenschaftliche Forschung und steht Dritten (Gebietskörperschaften, Verkehrsunternehmen) für regionale Vertiefungsstichproben zur Verfügung. Durch methodische Weiterentwicklungen verbessert sie langfristig die Qualität der Mobilitätsforschung in Deutschland.

Kennung des Verfahrens: d6ceb1db-c1e6-4ab7-9075-3bdc231c0c8b

Interne Kennung: Z2r - FE 98.0002/2026/

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: ohne

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: "Mobilität in Deutschland 2028"

Beschreibung: „Mobilität in Deutschland 2028“ Verkehrspolitik und Verkehrsplanung benötigen zuverlässige, aktuelle und räumlich differenzierte Informationen zur Wahl und Nutzung von Verkehrsmitteln, um zielgenaue Infrastrukturinvestitionen und politische Maßnahmen entwickeln zu können. Die amtliche Statistik erfasst die Mobilität privater Haushalte und den Wirtschaftsverkehr mit kleineren Lkw und Pkw nur rudimentär. Die Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen (BASt) als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für Verkehr (BMV) ist daher für ihre Aufgaben auf eigene Erhebungen angewiesen. Bisherige Erhebungen der Studie Mobilität in Deutschland (MiD) (2002, 2008, 2017, 2023) benötigen eine Aktualisierung, um neue Entwicklungen abzubilden. Die BASt beabsichtigt, eine bundesweite repräsentative Befragung von mindestens 35.000 Privathaushalten und 70.000 Personen im Kalenderjahr 2028 durchzuführen. Erfasst werden Mobilitätsverhalten, Verkehrsmittelnutzung, Wegestrecken und -zwecke. Die Erhebung baut auf bewährten Methoden der Vorgängerstudien auf, integriert jedoch innovative Ansätze wie Smartphone-Tracking und verbessert die Einbeziehung unterrepräsentierter Gruppen. Regionale Vertiefungsstichproben ermöglichen bis zu 175.000 Haushalte. Die MiD 2028 liefert aktuelle Mobilitätskennwerte für Bund und Länder sowie sozioökonomische und raumtypische Mobilitätsmuster. Sie unterstützt die Bedarfsplanüberprüfung der Verkehrsträger (Schiene, Straße, Wasserstraße), die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms und die Planung nachhaltiger Infrastruktur. Die Datenbasis ermöglicht evidenzbasierte verkehrspolitische Entscheidungen, fördert die wissenschaftliche Forschung und steht Dritten (Gebietskörperschaften, Verkehrsunternehmen) für regionale Vertiefungsstichproben zur Verfügung. Durch methodische Weiterentwicklungen verbessert sie langfristig die Qualität der Mobilitätsforschung in Deutschland.

Interne Kennung: FE 98.0002/2026 - Los1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbegrenzt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle

Anforderungen Beschreibung: . - Eine aktuelle Bankerklärung (nicht älter als drei Monate nach Ausstellungsdatum), Körperschaften des öffentlichen Rechts können die finanzielle

Leistungsfähigkeit durch eine Eigenerklärung nachweisen. und - ein aktueller Nachweis über eine bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Vermögens- und Sachschäden, die über die Gesamtlaufzeit des Forschungsvorhabens Gültigkeit besitzt oder eine Eigenerklärung, in der der Bieter bestätigt, dass er sich im Fall der Zuschlagserteilung dazu verpflichtet, eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung im o. g. Sinne abzuschließen und den entsprechenden Nachweis vorzulegen. Die Betriebs-

/Berufshaftpflichtversicherung hat mindestens die nachstehenden Schäden mit folgenden

Mindestversicherungssummen abzudecken: - für Personen- und Sachschäden 3.000.000 €

pauschal je Schadensfall, • für Vermögensschäden 100.000 € je Schadensfall. Körperschaften des öffentlichen Rechts können den Rechtsstatus durch eine Eigenerklärung nachweisen. Die aufgeführten Anforderungen sind Mindestanforderungen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anforderung Bitte beachten Sie die Hinweise,,

Erläuterungen zu den Mindestanforderungen A. Bereich/Themenschwerpunkt: Erhebung zur Alltagsmobilität Gefordert werden vergleichbare Referenzen, d.h. Leistungen, die dem

Auftragsgegenstand nahekommen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit) und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen; nachzuweisen durch:

Mindestens 1 abgeschlossenes Projekt aus den letzten 10 Jahren, unter Angabe des Projekttitels, Auftraggeber, Zeitraum, Gesamtvolumen, Einzutragen in die Referenzliste 1 1.

Beschreibung des Referenzprojektes (Beschreiben Sie bitte kurz und prägnant den Projektinhalt, die Projektziele, die durchgeführten Leistungen und die erzielten Ergebnisse)

Aus Sicht des Bewerbers sind/ ist folgende/r Bereich/e betroffen: Schwerpunkt/Teilbereich 2.

Vergleichbarkeit des Referenzprojektes/Projektinhaltes mit dem Ausschreibungsgegenstand gemäß im Entwurf beiliegende Projektbeschreibung. (Bitte erläutern Sie, warum dieses

Referenzprojekt aus Ihrer Sicht mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar ist. Gehen

Sie dabei auf die unter im Entwurf beiliegende Projektbeschreibung ein. Erläuterungen zu den Mindestanforderungen der Referenzen 1. Konzeption, Durchführung und Auswertung einer nationalen oder anderen gemeinde-/ gebietskörperschaftsübergreifenden (z.B. Kreis, Zweckverband, mehrere Städte oder Gemeinden) Befragung zur Alltagsmobilität inkl. Wegeerfassung, die von einer öffentlichen Stelle finanziert wurde und einen Mindestumfang von 1.000 teilnehmenden Haushalten oder 2.000 Personen hatte. 2. Durchführung einer Einwohnermeldeamts-Stichprobe (EWO) (Mindestumfang 2.500 teilnehmende Haushalte oder 5.000 Personen). 3. Durchführung einer Befragung im Mixed-mode-Design (Mindestumfang 2.500 teilnehmende Haushalte oder 5.000 Personen). 4. Konzeption und Durchführung von Gewichtung- und Hochrechnungsverfahren mit Berücksichtigung unterschiedlicher städtischer und ländlicher Raumtypen Verkehrsträgerübergreifender Ergebnisbericht zur Alltagsmobilität auf Basis von Befragungen zur Mobilität (mindestens 20 Seiten, auf Basis von Daten von mindestens 2.500 teilnehmenden Haushalten oder 5.000 Personen). B: Bereich / Themenschwerpunkt: Datenschutzkonzept Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge in den letzten zehn Jahren mit wesentlichen Leistungen, die in Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers geben. Gefordert werden Referenzen, d.h. Leistungen, die dem Auftragsgegenstand nahekommen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit) und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen; nachzuweisen durch: Mindestens ein Referenzprojekt in den letzten 5 (10) Jahren unter Angabe des Projekttitels, Auftraggebers, Zeitraum und Auftragsvolumen - Umfang der Stichprobe der Haushaltsbefragung (netto) Beschreibung des Referenzprojektes (Beschreiben Sie bitte kurz und prägnant den Projektinhalt, die Projektziele, die durchgeführten Leistungen und die erzielten Ergebnisse) 1. Vergleichbarkeit des Referenzprojektes/Projektinhaltes mit dem Ausschreibungsgegenstand gemäß im Entwurf beiliegende Projektbeschreibung 2. Bitte erläutern Sie, warum dieses Referenzprojekt aus Ihrer Sicht mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar ist. Gehen Sie dabei auf die im Entwurf beiliegende Projektbeschreibung ein. Erläuterungen zu den Mindestanforderungen der Referenzen Für die Leistung "Datenschutzkonzept" ist als Mindestanforderung mindestens eine Referenz einer Haushaltsbefragung nachzuweisen, die die Erfahrungen des Bewerbers hinsichtlich der Erarbeitung eines Datenschutzkonzepts für eine von einer öffentlichen Stelle finanzierten Befragung mit einem Mindestumfang von 1.000 teilnehmenden Haushalten belegt. Es ist deutlich zu machen, dass es sich um eine Haushaltsbefragung handelt, hier definiert als die Abfrage von persönlichen Merkmalen der Mitglieder der Privathaushalte. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=876558>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe
Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=876558>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: siehe § 56 VgV

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten

folgende Fristen: - Einlegung einer Rüge als Voraussetzung für den Nachprüfungsantrag, § 160 Abs. 3 S.1 Nr.1 GWB: Innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erkennen des

Vergabeverstoßes. - Einlegung eines Nachprüfungsantrages, § 160 Abs. 3 S.1 Nr.4 GWB:

Spätestens 15 Tage nach Zurückweisung der Rüge durch den öffentlichen Auftraggeber. -

Feststellung der Unwirksamkeit einer Zuschlagserteilung: Innerhalb von 30 Kalendertagen

nach der Information der betroffenen Bewerber /Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber

über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach

Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen

Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30

Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen

Registrierungsnummer: 0204:991-00122FUE-48

Abteilung: Referat Z2

Stadt: Bergisch Gladbach

Postleitzahl: 51427

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Referat Z2, Externe Forschungsvergabe

E-Mail: forschungsvergabe@bast.de

Telefon: 000

Fax: 000

Internetadresse: <https://www.bast.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.bast.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Internetadresse: <https://bundeskartellamt.bund.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 04f48ff5-f0b2-44ed-92de-b772ddaea092 - 02

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/07/2026 10:36:20 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 498050-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 137/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/07/2026